

Europa

Intro

„Europa ist keine Gewissheit. Es ist auch keine Utopie oder Illusion. Es ist eine Aufgabe.“, sagte Anna Siemsen, Pädagogin und Bildungspolitikerin, SPD-Abgeordnete im Reichstag der Weimarer Republik.

In Tyros an der asiatischen Mittelmeerküste lebte vor etwa 3000 Jahren eine wunderschöne phönizische Prinzessin namens Europa. Sie war die Tochter des Königs Agenor. Eines Tages hatte sie folgenden Traum: Zwei Länder in Gestalt zweier Frauen stritten sich um sie. Die eine, das „Land Asien“, wollte sie behalten, die andere, das „Land gegenüber“, wollte sie auf Befehl des Götterkönigs Zeus aufs Meer hinausziehen. Als die Prinzessin am nächsten Tag erwachte, pflückte sie am Ufer des Meeres Blumen. Ein mächtiger, aber friedlicher Stier entstieg dem Wasser. Als Europa diesen schönen Stier sah, wurde sie gleich auf ihn aufmerksam. Sie bewunderte den weißen Stier und näherte sich ihm vertrauensvoll. Der Stier brachte die Prinzessin schließlich dazu, sich auf seinen Rücken zu setzen. Als Europa das tat, sprang der Stier mit ihr ins Meer. Er offenbarte ihr, dass er Zeus sei und sich in ein Tier verwandelt habe. Am nächsten Tag erreichten sie die Insel Kreta. Zeus verwandelte sich zurück in einen Menschen. Als Europa Zeus erblickte, verliebte sie sich sofort unsterblich in ihn. Sie bekamen drei Söhne: Minos, Rhadamanthys und Sarpedon. Der Erdteil, auf dem sie lebten, wurde später nach der Prinzessin Europa benannt.

Quelle: Jacques Le Goff: Die Geschichte Europas, Frankfurt a.M./New York, 6. A. 2007

Unterlegt: Classical Music for Relaxation, Mozart, Bach, Tchaikovsky...

Caroline Mhlanga The Groove Orchestra: Let The Good Times Roll

Heute leben in der Europäischen Union 450 Mio. Menschen in 27 Mitgliedsstaaten. Seit mehr als 70 Jahren geschieht dieses Zusammenleben in Frieden und Freiheit. Das war nicht immer so. Seit Ende des 2. Weltkriegs im Jahr 1945 ist viel in Europa passiert. Ehemalige Feinde wurden zu Freunden. Aus Gegnern wurden Partner. Der Weg, den man beschritten hat, war neu – ohne dass man wissen konnte, wohin er führt. So ist es noch heute. Wir wissen nicht, wo wir uns in 20 Jahren befinden werden. Aber wir wissen, dass wir etwas zu verlieren haben, wenn wir das Erreichte nicht verteidigen.

Die Schlachten des 2. Weltkrieges sind geschlagen. Die Mauer existiert nicht mehr. Die Schlagbäume an den EU-Innengrenzen gehören weitgehend der Vergangenheit an. Der Euro ist in vielen Staaten die einheitliche Währung. Der Binnenmarkt ermöglicht einen meist zollfreien Austausch von Waren, von Geld und Dienstleistungen, ermöglicht die ungestörte Mobilität der Menschen. Obwohl immer noch in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, leben die Menschen in

relativer sozialer Sicherheit und in relativem Wohlstand. Die Europäischen Union ist – und wir bitten dies nicht zu vergessen – ein Leuchtturm für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Demokratie und Wohlstand. Und dies macht die Europäische Union zum Sehnsuchtsort vieler Menschen aus anderen Teilen der Welt.

Der Weg zur europäischen Integration war mehr als 50 Jahre das Ziel. Aber endet der Weg jetzt in einer Sackgasse? Die Europäische Union hat starke Gegner – innen wie außen.

Ist es deshalb nicht an der Zeit, über die Ziele der europäischen Integration zu diskutieren? Wann nehmen wir wieder Anlauf auf eine europäische Verfassung? Wann debattieren wir wieder über die Gesamtkonstruktion der Mitgliedsstaaten untereinander – sprich über Bundesstaat oder Staatenbund? Wann fällt endlich das Einstimmigkeitsprinzip, das zu permanenten Selbstbockaden geführt hat? Wo bleiben die Baupläne für tieferes ein gemeinsames Europa? Wann erhält die Bevölkerung Europas einen Motivationsschub, wann erhält sie Perspektiven, um die europäische Integration wieder zu wollen?

Dandy Warhols – Bohemian Like You

Im Augenblick ist es offensichtlich nicht möglich, über weitere Schritte der Integration zu debattieren. Trotz der Bedrohung von außen zeigen in manchen Mitgliedsländern die Regierungen kein Interesse an eine Vertiefung, in anderen fordern starke Oppositionsparteien eher eine Verflachung der Integration auf ein Mindestmaß oder sogar den Austritt aus der Gemeinschaft.

Großbritannien hat das vorgemacht: 2016 fand im Vereinten Königreich eine Volksabstimmung über den Austritt aus der EU statt. Vorausgegangen war ein Wahlkampf, der von den EU-Gegnern mit dreisten Lügen über Vor- und Nachteile der Gemeinschaft bestritten wurde. Eine knappe Mehrheit, nämlich 51,89% der Stimmen, befürwortete schließlich den sog. Brexit. 72% der Wahlberechtigten gingen zur Urne. Aber nur 36% der 18- bis 24jährigen. Gerade in dieser Altersgruppe waren aber 72% - also fast eine Dreiviertelmehrheit - für den Verbleib. Danach hieß es: „Wir Jungen müssen ausbaden, was die Alten entschieden haben.“ Die Lehre daraus: Lethargie und Gleichgültigkeit haben eben auch politische Auswirkungen. Seit dem 31. Januar 2020 ist Großbritannien kein Mitglied mehr in der Gemeinschaft. Nicht nur wegen der aktuellen politischen Lage ein großer Verlust. Schon bald haben die Briten bemerkt, wie stark sie wirtschaftlich von der EU profitierten.

Quellen:

<https://www.welt.de/politik/ausland/article156576085/Wahlbeteiligung-bei-Brexit-Junge-Briten-machten-nicht-mit.html>, 26.01.2026

https://de.wikipedia.org/wiki/EU-Austritt_des_Vereinigten_K%C3%B6nigreichs, 28.01.2026

Das Mitgliedsland Ungarn ging da einen anderen Weg. Das Land ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union. Seit 2010 heißt der Regierungschef Victor Orbán. Seine Partei Fidesz sicherte sich bei den Wahlen 2018 und 2022 eine satte Zweidrittelmehrheit, wobei gezielte Änderungen im Wahlrecht halfen. Internationale Beobachter bezeichneten die letzte Parlamentswahl 2022 als frei, aber nicht fair.

Quelle: Fidesz gewinnt Wahlen in Ungarn, bpb vom 0.04.2022, auf: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/506859/fidesz-gewinnt-wahlen-in-ungarn/>, 28.01.2026

Das ermöglicht Orbán und seiner Partei Verfassungsänderungen nach Belieben. Kern Orbáns politischem Denken ist die Abkehr von liberal-demokratischen Vorstellungen. Die sind aber von Beginn der europäischen Integration das Fundament, der Wertekern der Gemeinschaft.

Originalton Orbán: *Der „neue Staat, den wir in Ungarn bauen, (ist) kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler“. Von den in Westeuropa herrschenden Ideologien muss sich Ungarn lossagen und seine Nationalität stärken. Man könne doch sehen, dass die Sieger im Wettlauf um die beste Staatsform Staaten wie Singapur, China, Indien, Russland oder die Türkei sind.* Kritische Distanz Ungarns zur EU sei angesagt.

Alles hat praktische Konsequenzen. Hier ein paar ausgewählte Beispiele:

- Das 2010 erlassene ungarische Mediengesetz wird von der EU als Einschränkung der Pressefreiheit gesehen.
- Verfassungsänderungen galten der Rolle von Mann und Frau und Veranstaltungen der LGBTQ-Gemeinschaft.
- Verfassungsänderungen schränkten die richterliche Unabhängigkeit ein, z. B. können Gesetze nicht mehr vom ungarischen Verfassungsgericht gestoppt werden.

Dies und vieles andere mehr veranlassten die EU-Kommission 2012 zur Klage wegen Verletzung der EU-Verträge beim Europäischen Gerichtshof.

Die fortwährenden Verletzungen von Grundrechten führten 2018 dazu, dass auch das Europäische Parlament ein Verfahren gegen Ungarn wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit einleitete.

Wegen des Unterwanderns des Abkommens über die Erteilung von Asyl verurteilte der Europäische Gerichtshof 2024 Ungarn zur Zahlung von 200 Mio. Euro sowie zu einem täglichen Zwangsgeld von 1 Mio. Euro.

Alles vergeblich: Ungarn zahlt einfach nicht.

Dass die EU etwa 12 Mrd. Euro, die Ungarn z. B. als Corona-Hilfen zustehen, zurückhält, verändert Orbáns Haltung nicht.

Hier und da kommt Orbán das bei vielen EU-Beschlüssen geforderte Einstimmigkeitsprinzip zugute. Seine Zustimmung z. B. zu Ukraine-Hilfen machte er von der Überweisung von Geldern nach Ungarn abhängig.

Dass, was wir hier von Ungarn berichten, galt auch unter der PiS-Partei, die von 2015 bis 2023 in Polen regierte.

Beide Staaten, Ungarn wie Polen, erfuhren durch die radikal-konservativen Regierungen einen autokratischen Staatsumbau und damit eine Änderung in der Wertepolitik. Sie unterwanderten damit die Gesetzlichkeit der Europäischen Union. Ihr Credo: Wir verteidigen unsere nationale Identität gegen die Europäische Union. Damit beförderten sie die Union zum Zahlmeister und ansonsten zum Sündenbock.

Die Regierungen aus der Slowakei und jetzt auch aus Tschechien machen aus ihrer Sympathie zu Orbáns Ungarn und ihrer Distanz zur EU keinen Hehl.

Die große Frage: Wie können die anderen Mitglieder der EU reagieren? Wie müssen sie reagieren?

Kann ein Land aus der EU geworfen werden? – Nein, kann es nicht. Die einzigen Druckmittel sind der Entzug des Stimmrechts und Kürzungen der zustehenden Gelder.

Quellen:

Landeszentrale für politische Bildung: <https://osteuropa.lpb-bw.de/ungarn-justiz-verfassung>,
<https://osteuropa.lpb-bw.de/ungarn-auenpolitik>, 26.01.2026

https://de.wikipedia.org/wiki/Viktor_Orb%C3%A1n, 26.01.2026

Bernd Riegert: <https://www.dw.com/de/die-eu-h%C3%A4lt-zw%C3%B6lf-milliarden-im-streit-mit-ungarn-zur%C3%BCck/a-64078212>, 26.01.2026

Kai-Olaf Lang, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023S12/>, 26.01.2026

Cupids Inspiration – Yesterday Has Gone

„Nach dem Frieden ist die Erziehung die erste Aufgabe.“ So lautet die Inschrift am Danton-Denkmal am Place de l'Odéon in Paris.

Offensichtlich hat es die politische Bildung in den Schulen der EU-Mitgliedsstaaten nicht geschafft, die Europäische Integration als das Fundament unsere Friedens, unserer Freiheit, unseres Wohlstands in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verfestigen.

Und offensichtlich ist es nicht gelungen, Kontroversen und politische Diskussion und daraus folgende Kompromisslösungen als notwendig für die Entwicklung unserer Gesellschaft anzuerkennen.

Zwar könnte Victor Orbán und seine Partei im April abgewählt werden. Vielleicht. Aber in vielen EU-Ländern haben nationalistische Parteien großen Einfluss erreicht. In Italien, Österreich, den Niederlanden und auch in Deutschland hinterlassen sie zumindest innenpolitisch ihre rechte Spur.

In Frankreich scharrt der rechtsradikale rassemblement national an die Tür zum Präsidentenpalast.

Bewahren die demokratischen Parteien der sog. Mitte noch ihre Mehrheit? Können sie das Abdriften Europas in autoritäre illiberale Staaten noch verhindern?

Autoritäres Handeln ist auch bei den Parteien in der Mitte längst Praxis. Werden doch wie z. B. in Deutschland Erfolge beim Abschieben von Flüchtlingen gefeiert, während drängende Problemfelder nicht oder nur halbherzig angegangen werden. Als Beispiele seien hier bezahlbares Wohnen, die Energiewende, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Rentensicherung oder das Gesundheitswesen genannt.

Je mehr wir uns in Migrations- und Abschiebedebatten verstricken, desto mehr freuen sich die „echten“ Rechten. Wir wissen doch inzwischen gesichert, dass die Übernahme von rechtsradikalen Politikansätzen nicht die demokratischen Parteien schützt, sondern den Rechten, den Originalen zu mehr Erfolg verhilft.

Und die machen Front gegen die europäische Integration.

Marine Le Pen in Frankreich: „Jeder weiß, dass die EU ein Fehler ist.“ Oder: „Das Vereinigte Königreich hat die Ketzerei begangen, die Ketten der EU zu sprengen. Dies ist ein bedeutender Sieg für die Demokratie. Es ist ein Schlag ins Gesicht des europäischen Systems.“ Und folgerichtig: „Ich will die EU zerstören.“

Björn Höcke in Deutschland: „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“

Folgt demnächst also der Frexit oder der Drexit? Und was dann? Hat die politische Bildung den Menschen nicht beigebracht, wohin Nationalismus führt?

Einspieler Michel Friedman: Ich wusste es nicht (1 und 2)

Quellen:

<https://www.brainyquote.com/authors/marine-le-pen-quotes>, 26.01.2026

<https://www.phoenix.de/thueringens-afd-landesvor-a-3209401.html>, 26.01.2026

Buffalo Springfield – Mr. Soul

Der Krieg gegen die liberale Demokratie läuft weltweit. Daran arbeiten nicht nur rechtsradikale Kräfte aus Deutschland oder der Europäischen Union. Wir haben es seit vielen Jahren mit einer internationalen Bewegung zu tun mit denselben, sich deckenden rechten Narrativen.

Schauen und hören wir einmal in Richtung Moskau: In russischen Medien rüstet man auf – gegen Frankreich, gegen Deutschland, gegen die EU. Da wird z. B. in Talkshows zur Primetime die Frage rauf und runter diskutiert, welche Städte man sinnvollerweise durch einen Atomschlag vernichten könne. Marseille oder Lion? Hamburg oder doch lieber gleich Berlin? In den Schulen Russlands wird parallel dazu mental aufgerüstet. Lehrpläne und Lehrbücher geben die Richtung für das Fach Patriotismus vor: Der Feind befinde sich im Westen, nicht nur in der Ukraine. Kritisches Denken und Meinungsvielfalt sind nicht erlaubt.

Schon 2005 bezeichnete der russische Präsident Vladimir Putin den Zerfall der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Konsequenterweise versucht er, die alte Größe wiederherzustellen: Krieg in Tschetschenien, Annexion von Teilen Georgiens, des Donbass, der Krim und zuletzt der Überfall auf die restliche Ukraine. Das sind die offenen Kriege unter Putin.

Aber es gibt noch die anderen Kriege, die sog. hybride Front.

Hybrid, zu Deutsch: gemischt. Hybrider Krieg: offen und verdeckte Aggression, um Staatswesen nadelstichartig zu schwächen. Und ohne dabei als Aggressor kenntlich zu sein. Da sind die Geheimdienste am Werk und die Troll-Fabriken mit ihren Cyberangriffen.

Befinden wir uns bereits im Krieg mit Russland? – Die Antwort darauf das gepflegte „Jein“. Hybride Kriege sind Kriege in Grauzonen. Zwischen legalen und illegalen Methoden. Mal mit schrecklichen Folgen, mal weniger dramatisch.

Da stürzt in Litauen ein DHL-Frachtflugzeug ab.

Da werden in der Ostsee immer wieder Unterseekabel der westlichen Anrainer zerstört.

Da gewinnt in Rumänien ein pro-russischer rechtsextremer Kandidat mit Geldern aus Russland die Präsidentenwahl. – Es kam heraus und die Wahl wurde annulliert.

Da geht in London ein Lagerhaus mit Hilfsgütern für die Ukraine in Flammen auf, im Flughafen Leipzig ein Paket, das eigentlich hätte per Luftfracht verschickt werden sollen.

Da wird – und jetzt kommen wieder die Trollfabriken in Moskau und St. Petersburg ins Spiel – über social media prorussische Propaganda verschickt, Fakenews und prorussische Meinungen. Teilweise mit gefälschten Websites anderer, seriöser Medien.

Da werden schon einmal Schmiergelder an rechte Politiker in Deutschland und anderswo gezahlt. Der AfD-Europa-Abgeordnete Petr Bystron bestreitet zwar die Vorwürfe, der Verdacht bleibt.

Und der US-Präsidentschaftswahlkampf 2016. Erwiesene gefakete Wahlkampfbeeinflussung gegen Hillary Clinton. Der Gewinner vielleicht auch durch diese Aktion: Donald Trump. Im französischen Präsidentschaftswahlkampf ähnliches. Und bei der letzten US-Präsidentenwahl ebenfalls.

Gibt es gar eine Männerfreundschaft zwischen Putin und Trump? Sie sind sich in einem einig: Die westlichen Demokratien und die EU gehören auf den Müllhaufen der Geschichte.

Originalton Putin: „Wir haben nicht vor, mit Europa zu kämpfen ... aber wenn Europa gegen uns kämpfen will, sind wir sofort bereit.“ Und wir ergänzen – natürlich völlig unautorisiert: Heute die Ukraine, morgen Moldawien, übermorgen Estland oder doch besser Lettland oder Litauen – oder noch besser gleich alle drei. Und dann Polen, und **ausblenden**

Und nicht vergessen: Trump ist für Putin wohl kein Gegenspieler mehr.

Quelle:

Marina Weisband: DLF-Kolumne: Auf dem Weg zur medialen Verrohung, xx.xx.20xx

<https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-445/545143/analyse-indoktrination-in-russland/>, 27.01.2024

http://www.nng.uni-saarland.de/lehre/ws11_12/uebung_friedman1_ws11_12.htm, 27.01.2026

<https://www.dw.com/de/russland-hybride-kriegf%C3%BChrung-kriege-konflikte-ukraine-v2/a-70900933>, 27.01.2024

<https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/zmsbw-dossier-ukraine-schmid-hybride-kriege-5506754>, 27.01.2024

<https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/putin-stachelt-gegen-eu-wir-werden-nicht-gegen-europa-kaempfen-aber-692f06e78e5be81710cb7e7a>, 27.01.2024

Tom Jones and The Cardigans: Burning Down The House

Sollte die EU gegenüber Donald Trump härter auftreten? – Was für eine Frage! Was für eine Ratlosigkeit! 2025 hatte die Europäische Union mit den USA einen Zoll Deal ausgehandelt: 15% auf fast alle Exportgüter, die in die USA geliefert werden. Umgekehrt übrigens 0%!

Nur wenige Monate später drohte Trump wegen der Grönlandfrage mit neuen Zöllen für die EU-Länder, die symbolisch militärische Flagge zeigten – eine Erpressung und ein Versuch, die EU zu spalten.

Ja, und nicht zu vergessen: Trump drohte einem NATO- und EU-Mitglied, nämlich Dänemark, mit militärischem Eingreifen und Eroberung eines Teils seines Staatsgebiets.

Wie ist das alles zu verstehen? – Wählen wir die undiplomatische Variante: Da sitzen Menschen im Weißen Haus, denen sind Bündnisse egal. Da sind Menschen im Weißen Haus, die träumen von einer neuen Weltordnung – und handeln danach. Für sie sind die Diktatoren in Moskau oder Peking näher als die ehemaligen, nein, besser: als die noch Verbündeten.

Für die Europäische Union, für liberale Demokratien haben sie nichts übrig außer Verachtung und Spott. Und sie halten auch nichts von differenzierter Betrachtung oder von Wahrheit. Oben ist unten und unten ist oben. Und wer das bezweifelt, ist unser Feind!

Originalton Trump: „Die Europäische Union wurde gegründet, um die Vereinigten Staaten zu betrügen. Ich meine, seien wir doch mal ehrlich. Die Europäische Union wurde gegründet, um die Vereinigten Staaten aufs Kreuz zu legen. Das ist der Zweck der Union. Und das haben sie auch gut gemacht. Aber jetzt bin ich Präsident.“

Das ist eine Kampfansage!

Trump ist nicht allein mit dieser Meinung. US-Verteidigungsminister Pete Hegseth stimmt ausdrücklich zu: „Ich teile voll deine Abscheu vor dem europäischen Schmarotzen. Das ist erbärmlich.“

Und wir erinnern uns an den Auftritt des Vize-Präsidenten Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz, wo er den Europäern vorwarf, Zensur auszuüben und die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Das geschah unter Hinweis auf die sog. sozialen Netzwerke und EU-Gesetzen gegen Hassrede, Volksverhetzung und Beleidigung. Vance verknüpft das mit der Militärpräsenz in Deutschland, wörtlich: "Glauben Sie, dass der US-Steuerzahler es hinnehmen wird, wenn jemand in Deutschland für einen gemeinen Tweet ins Gefängnis kommt?"

Und wer steckt dahinter? – Nun, Leute wie Peter Thiel, einer der Tech-Milliardäre der USA. Thiel, mit dessen Geld Vance studieren und später seinen Wahlkampf um einen Sitz im Senat erkämpfen konnte.

Und diese Tech-Milliardäre können selbstverständlich von Trump diese Aussage verlangen: „Ich werde mich gegen Länder wehren, die unsere unglaublichen amerikanischen Tech-Unternehmen angreifen. Digitale Steuern, Gesetze für digitale Dienstleistungen und Vorschriften für digitale Märkte zielen alle darauf ab, amerikanischen Technologien zu schaden oder sie zu diskriminieren.“ (27.08. 2025)

Mit dem Digital Services Act und dem Digital Markets Act hat die EU-Kommission die Rechte der europäischen User gestärkt und den Einfluss großer Digital-Unternehmen wie Meta oder Google vermindert. Und das schränkt die Freiheit der Tech-Milliardäre ein. Und sie fordern, dass einschränkende Gesetze wie Datenschutz, Umweltschutz, Betriebsräte, fairer Wettbewerb abgeschafft werden müssen. Überhaupt Wettbewerb: Wettbewerb sei etwas für Verlierer, Monopole dagegen der Garant für Innovation und Fortschritt. Freiheit und Demokratie seien nicht miteinander vereinbar. Die Tech-Milliardäre setzen darauf, eine neue Weltordnung zu installieren und demokratische Systeme zu ersetzen.

Die Aufforderung Elon Musks, die AfD zu wählen, ist so gesehen verständlich. Für beide gilt das Feindbild Europäische Union.

Die EU hat keinen Platz in dieser neuen Weltordnung. Sie stört. Aber immerhin: Sie stört! – Und das sollte uns überzeugten Europäern Mut machen.

Quellen:

Spiegel online: „[Als Musk auf seinen Holzkopf klopfte](#)“, 27.02.2025

<https://www.suedtirolnews.it/unterhaltung/abstimmung/sollte-die-eu-gegenueber-donald-trump-haerter-auftreten>, 27.01.2026

<https://www.gtai.de/de/trade/usa/zoll/handelsabkommen-usa-eu-1917402>, 27.01.2026

https://rp-online.de/politik/ausland/trump-ueber-europa-ja-ich-denke-sie-haben-schmarotzt_aid-125637477, 27.01.2026

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/vance-verknuepft-us-schutz-fuer-deutschland-mit-redefreiheit,UdQadtB>, 27.01.2026

https://www.amnesty.de/informieren/blog/privatsphaere-digital-services-act-aenderungen-fuer-nutzer-innen?etcc_med=SEA&etcc_par=Google&etcc_cmp=search-de

https://www.trafficclicks.com/traffic/clicks/etcc_grp=119380295907&etcc_bky=&etcc_mty=&etcc_plc=&etcc_ctv=491638541908&etcc_bde=c&etcc_var=Cj0KCQiA4eHLBhCzARIsAJ2NZoLu532h2bN8aoDlo4ITk_oivfrSip6yrwmfQifAXe0Gt-jkvB3QaoMaAtwrEALw_wcB

https://www.trafficclicks.com/traffic/clicks/etcc_grp=119380295907&etcc_bky=&etcc_mty=&etcc_plc=&etcc_ctv=491638541908&etcc_bde=c&etcc_var=Cj0KCQiA4eHLBhCzARIsAJ2NZoLu532h2bN8aoDlo4ITk_oivfrSip6yrwmfQifAXe0Gt-jkvB3QaoMaAtwrEALw_wcB, 27.01.2026

Dominic Johnson: Mit Europa in den Abgrund?, In: wochentaz, 3.-9.01.2026

Nina Hoss and The Manic Street Preachers: Europa geht durch mich

Einspieler Gavin Newsom, Gouverneur von Kalifornien

Gavin Newsom, Gouverneur von Kalifornien und einer der entschiedenen Gegenspieler von Trump fordert die Europäer auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Januar in Davos auf, endlich Rückgrat zu zeigen und gemeinsam zu handeln. Und zwar jetzt. Denn der Preis wird mit jedem Zögern höher. Der kanadische Ministerpräsident Mark Carney hat in seiner vielbeachteten Rede in Davos gewarnt: Die neue Weltordnung wird Realität. Es ist ein Bruch, kein Übergang. Der alten nachzutrauern sei keine Alternative. Seine Schlussfolgerung: „Ich argumentiere, die Mittelmächte müssen gemeinsam handeln, denn wenn wir nicht am Tisch sitzen, stehen wir auf der Speisekarte.“ Und: „Aber wenn wir nur bilateral mit einem Hegemon verhandeln, verhandeln wir aus der Schwäche heraus. Wir nehmen an, was geboten wird. Wir konkurrieren miteinander darum, am gefälligsten zu sein. Das ist keine Souveränität, sondern Unterordnung. In einer Welt der Rivalität der Großmächte haben die Länder dazwischen eine Wahl – miteinander um Gunst zu konkurrieren oder sich zusammenschließen, um einen dritten, wirksamen Weg zu schaffen.“

Hat Europa, haben die Regierungen in Europa, hat die Bevölkerung in Europa diese Worte verstanden und verinnerlicht? Das EU-Parlament anscheinend nicht – oder warum hat es mehrheitlich das Abkommen mit Mercosur verschoben, anstatt es sofort zu ratifizieren?

Quelle: „Wir befinden uns in einem Bruch, nicht im Übergang“, FAZ vom 21.01.2026, auf: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wef-2026-in-davos-rede-von-kanadas-premierminister-mark-carney-im-wortlaut-200460807.html>, 28.01.2026

Der französische Präsident ist unter den EU-Chefs wahrscheinlich der Deutlichste. Sagte er doch bei derselben Gelegenheit: „Es ist eine Entwicklung hin zu einer Welt ohne Regeln, in der das internationale Recht mit Füßen getreten wird und in der das einzige Recht, das zu zählen scheint, das des Stärkeren ist.“ – Ja aber... und wie weiter?

Also noch einmal die Frage: Sollte die EU gegenüber Donald Trump härter auftreten?

Und was haben wir den Supermächten entgegenzusetzen?

Sind wir zu naiv, zu kleinkariert, zu feige, um über die Vereinigten Staaten von Europa nachzudenken? Wahrscheinlich. Aber wenn nicht das, sind wir imstande, wenigstens eine gemeinsame Handels-, Außen- und Verteidigungspolitik zu bauen? Muss der Gouverneur von Kalifornien uns sagen, dass wir *jetzt* handeln müssen, damit nicht andere Mächte - USA, China, Russland, Tech-Milliardäre - unsere Zukunft entscheiden? Sie mischen sich bei uns ein, weil wir vereint eine Gegenmacht mit attraktiven Inhalten darstellen: Demokratie, Menschenrechte, Freiheit, relativer Wohlstand für alle. 450 Millionen Menschen in einer der größten Wirtschaften der Welt. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, das wäre doch was! Eine Außen- und Sicherheitspolitik, die sich für eine regelbasierte Weltordnung einsetzt und nicht für das Recht des Stärkeren. Als kleine Nationalstaaten sind wir Spielball, als vereintes Europa können wir mitreden.

Unsere industrielle Leistungsfähigkeit, das technologische Know-How, unsere Finanzkraft, die alternativen Energien – all das stellt ein riesiges Potential dar. Die geballten militärischen Fähigkeiten wären beträchtlich: weit über 1,5 Millionen aktive Soldaten plus etwa 3 Millionen Reservisten, 2000 Kampfflugzeuge* und und und... – müsste eigentlich reichen, damit andere nicht in Versuchung geraten, uns anzugreifen oder erpresserisch damit zu drohen.

Aber dazu müssen wir die bestehenden Lücken füllen: die fehlende Satellitenaufklärung zum Beispiel. – Dort sind wir von den US-Tech-Konzernen wie übrigens auf fast allen digitalen Entwicklungen noch total abhängig.

Also nicht Trump mit Ehrungen und devoten Gesten überhäufen. Die USA aber auch nicht zum Feindbild erklären. Sondern für uns, die Europäer, Alternativen konstruieren. Z.B. Freihandelsabkommen wie mit den Mercosur-Staaten in Südamerika oder mit Indien. Auf unsere Geschlossenheit und unsere Tatkraft kommt es an.

Ja, alle Staaten der EU sind stolz auf ihre Identität, auf ihre eigene Kultur. Aber diese Unterschiedlichkeit besitzen die USA, China und Russland auch – und trotzdem handeln sie als Machtblöcke. Wir dagegen teilen Geschichte, Werte, Märkte, Gesetze und gehen trotzdem nicht den letzten Schritt, eine gemeinsame Macht zu bilden. Haben wir Angst vor der Größe und vor der Verantwortung? Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir uns später Vorwürfe machen für diese Feigheit. Der Satz „Wir haben es kommen sehen“ muss dann den Zusatz erhalten: „Und wir haben trotzdem nicht gehandelt.“**

Ist das jetzt nicht DIE Möglichkeit, groß zu denken. Wer sagt denn, das mit dem Ausstieg der USA all das, was wir unter dem Westen verstehen, verloren ist? Kanada hat unter der Trumpschen Politik mindestens so viel zu leiden wie die EU. Und Kanada wird in seinem Bestand als souveräner Staat bedroht. Die Kanadier wollen garantiert nicht 51. Bundesstaat der USA werden.

Der kanadische Premierminister Carney bringt es auf den Punkt: Die alte Weltordnung gibt es nicht mehr. Sie kommt auch nicht mehr zurück. Aber aus

diesem Bruch könne etwas Besseres, Stärkeres und Gerechteres entstehen. – Hey Kanadier, wie wäre es mit einer Mitgliedschaft in der EU? – Und bevor jemand fragt. Ja, das ist tatsächlich rechtlich möglich.

* Charles Heyman: [*The Armed Forces of the European Union, 2011–2013*](#). Pen & Sword Books, Barnsley 2011, [ISBN 978-1-84415-519-4](#) in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Europaarmee> 25.01.2026

** Dank an den „derpolitinfluenzer“ für seine Anregungen.

Chicago: Feelin' Stronger Every Day

Einspieler Habeck

„Wenn du ein Schiff bauen willst,
dann trommle nicht Männer zusammen,
um Holz zu beschaffen,
Aufgaben auszugeben
und die Arbeit einzuteilen,
sondern
lehre sie die Sehnsucht
nach dem weiten, endlosen Meer,“
Antoine de Saint-Exupéry 1900-1944

Unterlegt: Classical Music for Relaxation, Mozart, Bach, Tchaikovsky...

Ludwig van Beethoven: Ode an die Freude gesungen von Paul Potts auf dem Leipziger Hauptbahnhof

Napoléon XIV: Thei're Coming To Take Me Away

Europa – eine Sendung des colourful radios, zusammengestellt von Thomas Harting und Lutz Kohlschmidt. Eine Produktion von audioplay saxonia.

„Europa zu schaffen ist nicht nur eine Sache der Erkenntnis und des Könnens – es ist auch eine Sache des Willens und der Macht.“ Carlo Schmid, SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages und mitverantwortlich für unser Grundgesetz.

© Thomas Harting und Lutz Kohlschmidt 2026

Produktion: audio play saxonia Bildung und Kommunikation e.V.